

Kommunal ist besser als privat

KPMG – Gutachten belegt den Nachteil der Privatisierung der BVAG in Braunschweig

Eine Auswertung des KPMG-Gutachtens und Vorlagen der Stadt Braunschweig zur Privatisierung zeigen:

1. Für die Stadt wären kommunale Stadtwerke vorteilhafter, weil im Betrachtungszeitraum 2003 bis 2013 durch die Privatisierung nur Einnahmen von 525 Mio. Euro, dagegen für den Fall der Nichtprivatisierung eine Einnahme von 545 Mio. Euro für die Stadt erreichbar wären.
2. KPMG errechnet einen Vorteil für die Privatisierung u. a. durch eine unseriöse Zinsannahme von 5%; die Stadt selbst rechnet nur mit 1 % bzw. 1,5 % Anlagezins bzw. 4 % Aufnahmezins .
3. KPMG behauptet beim angenommenen Zinsgewinn durch „Aufrundung“ einen Vorteil von 5,5 Mio. Euro im Betrachtungszeitraum.
4. Vermögensverluste durch den Verkauf in Höhe von mindestens 500 Mio. € werden von KPMG erst gar nicht bilanziert.

Das Gutachten von KPMG belegt nachrechenbare Nachteile statt Vorteile der Privatisierung

In einer ausführlichen Presseerklärung vom 13. Januar 2010 behauptete Oberbürgermeister Hoffmann, „Privatisierung bringt der Stadt auch nach 2014 dauerhaft einen jährlichen Vorteil von 8 Millionen Euro!“.

Diese Behauptung stützt er auf ein Gutachten der Beraterfirma KPMG. Seine Behauptung ist falsch und wird durch das Gutachten selbst widerlegt.

Das Wirtschaftsberatungsunternehmen KPMG hat in Braunschweig und weltweit Privatisierung öffentlichen Eigentums vorbereitet und organisiert. Die Berater von KPMG sind bekannt für ihre Voreingenommenheit für Privatisierung. Trotzdem lässt sich mit Hilfe ihres Gutachtens am Beispiel der Braunschweiger-Versorgungs-AG (BVAG) ein Schaden in Millionenhöhe für die Stadt nachweisen.

ad 1) Durch die Privatisierung der Stadtwerke entgehen der Stadt im Betrachtungszeitraum gemäß Gutachten 20 Mio. Euro durch die Privatisierung der BVAG. Das gilt sogar bei einer im Modell angenommenen langfristigen Verzinsung mit 5% des Verkaufserlöses. Bei realistischer Zinsannahme sind die Verluste durch

die Privatisierung noch weit höher.

In der Drucksache 10522/09 des Fachbereich Finanzen der Stadt vom 7. Januar 2010 werden in einem Schaubild die *Ergebnisse der BVAG 100% vor Steuern* für die Jahre 2003 bis 2013 gezeigt. Im Vergleich dazu werden prognostizierte Gewinne für eine kommunale BVAG dargestellt (Anlage I, Blatt 2).

In einem weiteren Schaubild werden die *Gewerbesteuereinnahmen* im Privatisierungsfall im Vergleich zum Nichtprivatisierungsfall für denselben Zeitraum abgebildet (Anlage I, Blatt 3).

Zum Vergleich müssen die Einnahmen für Braunschweig aus beiden Schaubildern für den Zeitraum 2003 bis 2013 summiert werden. Die Summe der Gewinnanteile (die Stadt hält 25% an der BVAG), der Gewerbesteuereinnahmen und des behaupteten Zinsvorteils von jährlich 22,5 Mio. Euro zeigen die Gesamteinnahmen für den Privatisierungsfall.

Die Summe der Gewinne der fiktiven kommunalen Stadtwerke ergäben die Einnahmen der Stadt im Fall der Nicht-Privatisierung.

Für den dargestellten Zeitraum belegen die KPMG-Schaubilder für den Fall der

Privatisierung Einnahmen in Höhe von 525 Mio. Euro, für den Fall der

Nichtprivatisierung Einnahmen von 545 Mio. Euro für die Stadt (Anlage I, Blatt 4).

Durch die Privatisierung der BVAG verliert die Stadt also gemäß KPMG -Gutachten 20 Mio. Euro!

ad 2) Ersetzt man im KPMG – Gutachten die angenommenen 5% Zins durch 3 %, würde die Stadt jährlich 9 Millionen Euro weniger Zinsvorteile haben als behauptet. Im Betrachtungszeitraum wären das weitere 99 Mio. Euro Verlust durch die Privatisierung der BVAG.

KPMG behauptet, dass **langfristig 5 % Zinsen** für den erzielten Kaufpreis von 450 Mio. Euro realistisch seien (Anlage I, Blatt 5 + 6). Die Stadtverwaltung rechnet dagegen in ihrem „Wirtschaftsplan 2010 und mittelfristige Unternehmensvorschau 2009 – 2013“ für die Stadt Braunschweig - Beteiligungs – GmbH mit deutlich niedrigeren Zinsen: „Der Anlagezins liegt im Planjahr 2010 bei 1,0 % und in den Folgejahren bei 1,5 %. Der Aufnahmezinssatz liegt im Planungszeitraum konstant bei 4,0 %.“ (Anlage II) Laut KfW Bank sind langfristige Kommunalkredite unter 3 % Zinssatz für Kommunen verfügbar.

Welche Zinsannahme hält der Oberbürgermeister für realistisch und seriös: den Zinssatz seiner Verwaltung oder den von KPMG kalkulierten von 5 %?

Wird im KPMG Gutachten mit 3 % statt 5 % gerechnet fehlen im Betrachtungszeitraum dadurch 99 Mio. €!

ad 3) Durch Aufrundung des Zinsgewinn errechnet KPMG weiteren Vorteil für die Privatisierung.

Während 5 % Zinsen von 450 Mio. Euro 22,5 Mio. Euro entsprechen, macht KPMG daraus großzügig „rd. 23 Mio. Euro“ (Anlage I, Blatt 6). Durch diesen Trick wird so für das Privatisierungsmodell im Betrachtungszeitraum ein Vorteil von 5,5 Mio. Euro „errundet“.

ad 4) Im KPMG – Gutachten werden ausschließlich die Verkaufserlöse aus der Privatisierung bilanziert, während die Vermögensverluste verschwiegen werden.

Durch die Privatisierung in Braunschweig hat die Stadt viele ertragreiche Betriebe verloren (Müllentsorgung und Reinigungsbetrieb, 75% der Stadtwerke, Stadtentwässerung, 1000 Wohnungen der Nibelungenwohnbau) und die dazugehörigen Grundstücke, Gebäude und sonstigen Vermögensgegenstände. Nach der Ertragswertmethode beträgt der Vermögensverlust schon durch den 75% Verkauf der BVAG mindestens 500 Mio. €.

Während Käuferlöhne durch Inflation ständig an Wert verlieren, bleiben die privatisierten Sachvermögen davon verschont.

Auch das ist eine schädliche Folge der Privatisierung.

Bürgerinitiative für den Erhalt öffentlichen Eigentums

Braunschweig, den 10.2.2010

Anlage I

1

Stadt Braunschweig		TOP	
Der Oberbürgermeister FB Finanzen 0200.12	Drucksache 10522/09	Datum 7. Jan. 2010	
Mitteilung	Beteiligte FB /Referate /Abteilungen		
<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzung</i>		
	<i>Tag</i>	<i>Ö</i>	<i>N</i>
Finanz- und Personalausschuss	4. Februar 2010	X	

Überschrift, Sachverhalt

Vorteil der Privatisierung BVAG

Die Braunschweiger Versorgungs-AG wurde im Jahr 2002 mit einem Gesellschaftsanteil von 74,9 % privatisiert. Der erzielte Verkaufspreis lag bei insgesamt 450 Mio. € (424 Mio. € Erlös durch Verkauf an TXU, 26 Mio. € Erlös durch Weiterverkauf an Veolia im Jahr 2004). Von dem gesamten Verkaufserlös wurden 216 Mio. € in den Haushalt der Stadt überführt. Die restlichen 234 Mio. € verblieben als Gewinn in der SBBG (damals Stadtwerke Holding) und wurden als Gewinnvortrag im Jahresabschluss fortgeschrieben und bisher auf Ebene der SBBG zum Ausgleich der Verluste insbesondere der Braunschweiger Verkehrs-AG genutzt.

Basis dieser Umsetzungen war ein Ratsbeschluss in 2001. Der damalige Vorschlag der Stadtverwaltung beinhaltete eine strategische Partnerschaft einzugehen und in einem **ersten Schritt** 49,9 % der Aktien an der BVAG anzubieten.

KPMG und BBD (Berliner Beratungsdienste) waren beauftragt, eine Untersuchung der Stärken und Schwächen (eine sogenannte SWOT-Analyse) durchzuführen.

Als Ergebnis dieser Untersuchung ergab sich Folgendes, was die Verwaltung in der Begründung der Beschlussvorlage ausführte:

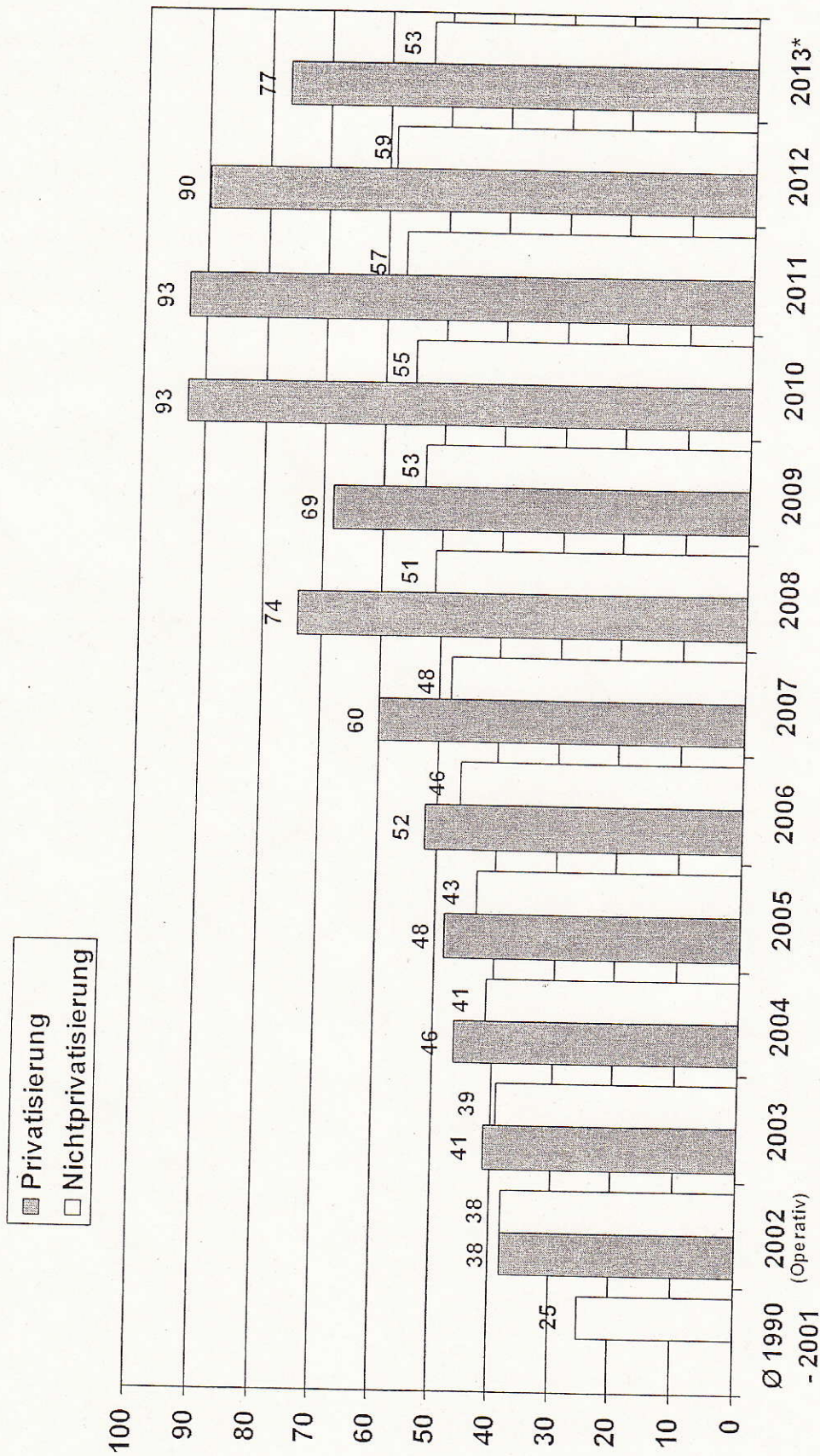
„Im Zuge der SWOT-Analyse wurden die Geschäftsfelder der BVAG und die Zentralfunktionen unter Berücksichtigung der Leistungsbeziehungen zur SWBS betrachtet. KPMG und BBD sind aufgrund der Analysen zu dem Ergebnis gekommen, dass die BVAG ein solide geführtes und erfolgreiches Unternehmen ist, das sich im Kontext des Marktumfeldes innerhalb der kommenden zwei bis vier Jahre behaupten kann. Die Betrachtung zeigt aber auch spezifische Schwächen und Zukunftsrisiken für die BVAG auf, die langfristig zu einer dauerhaften Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation mit der Folge von schlechteren Ergebnissen des Unternehmens führen können.

Beide Beratungsunternehmen sind aufgrund ihrer Marktkenntnisse zu dem Ergebnis gekommen, dass der Aufwand und die Anstrengungen zum Ausgleich der spezifischen Schwächen der BVAG aber auch die schwer kalkulierbaren Zukunftsrisiken durch eine enge und langfristige Zusammenarbeit mit einem strategischen Partner kompensiert bzw. gedeckt werden können. Darüber hinaus kann ein strategischer Partner dazu beitragen, die Stärken und Chancen der BVAG besser zu nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens weiter zu stärken.“

Ergebnisse BVAG 100% vor Steuern

Vergleich Privatisierung / Nichtprivatisierung

(Angaben in Mio.€)

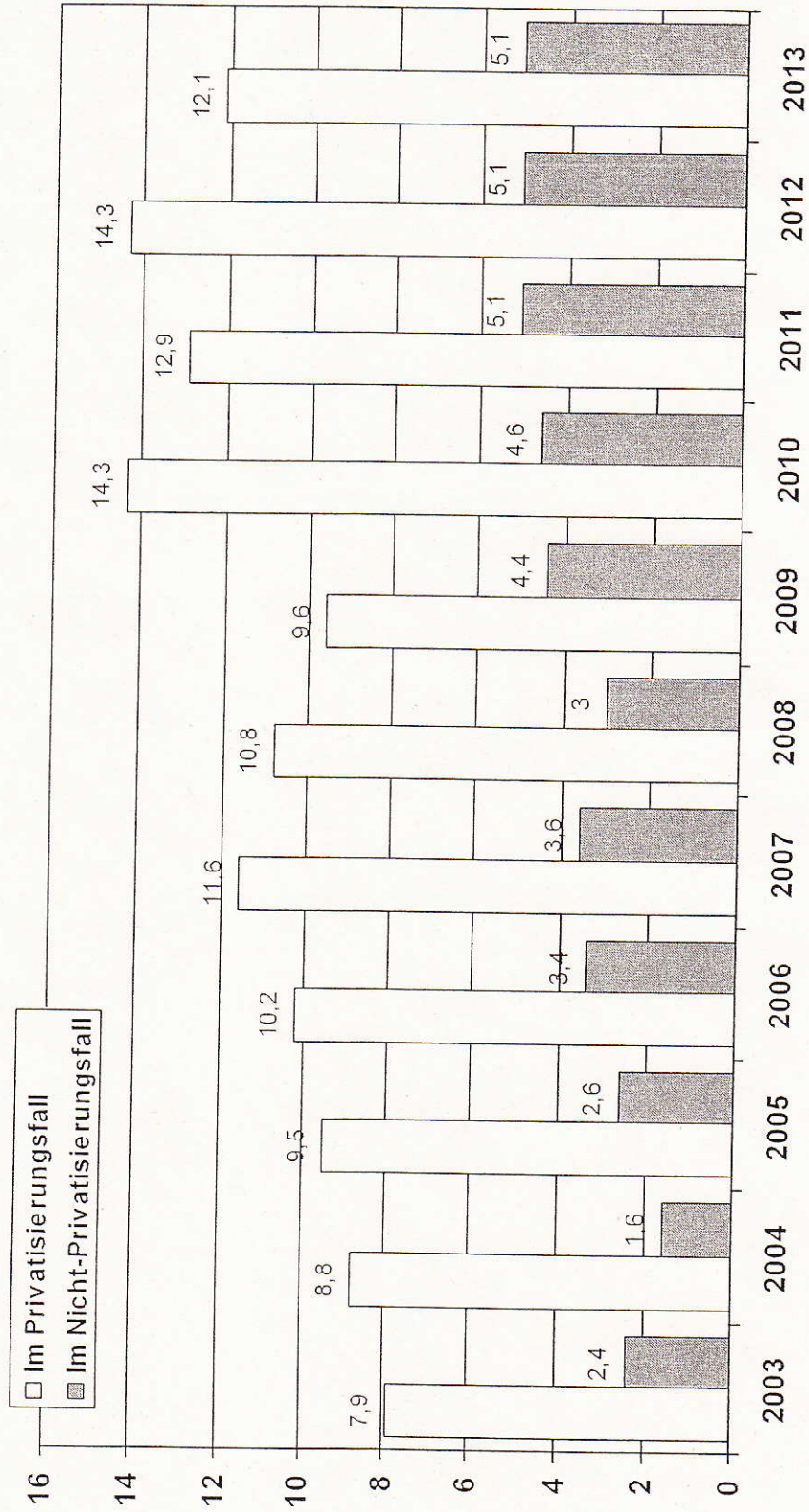


Zahlen für Szenario Nichtprivatisierung aufgrund durchschnittlicher Wachstumsraten kommunaler Unternehmen

* Ergebnisverschlechterung aufgrund des Erfordernisses des Erwerbs von CO₂-Zertifikaten

Gewerbesteuer BVAG

(Angaben in Mio. €)



Anlage I, Blatt 4

Einnahmen für die Stadt Braunschweig: Vergleich private BVAG / kommunale BVAG

	€ Mio.	
	Privat	Kommunal
2003		
Ausschüttung an Stadt	8,3	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	7,9	
Gesamteinnahme p.A.	38,7	39,0
2004		
Ausschüttung an Stadt	9,3	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	8,8	
Gesamteinnahme p.A.	40,6	41,0
2005		
Ausschüttung an Stadt	9,6	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	9,5	
Gesamteinnahme p.A.	41,6	43,0
2006		
Ausschüttung an Stadt	10,5	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	10,2	
Gesamteinnahme p.A.	43,2	46
2007		
Ausschüttung an Stadt	12,1	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	11,6	
Gesamteinnahme p.A.	46,2	48
2008		
Ausschüttung an Stadt	15,8	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	10,8	
Gesamteinnahme p.A.	49,1	51,0
2009		
Ausschüttung an Stadt	14,9	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	9,6	
Gesamteinnahme p.A.	47	53,0
2010		
Ausschüttung an Stadt	19,7	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	14,3	
Gesamteinnahme p.A.	56,5	55,0
2011		
Ausschüttung an Stadt	20	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	12,9	
Gesamteinnahme p.A.	55,4	57,0
2012		
Ausschüttung an Stadt	18,9	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	14,3	
Gesamteinnahme p.A.	55,7	59,0
2013		
Ausschüttung an Stadt	16,2	
kalkulatorischer Zinsgewinn	22,5	
Gewerbesteuer	12,1	
Gesamteinnahme p.A.	50,8	53,0
Summe Gesamteinnahmen 2003 - 2013	524,8	545,0

Berechnungsmethode Privat: Ergebnisse BVAG vor Steuern abzgl. Gewerbesteuer, davon 25% Ausschüttung an die Stadt (gemäß Anlage I, Blatt 2 und 3)

Berechnungsmethode Kommunal: Ergebnisse BVAG 100% vor Steuern (gemäß Anlage I, Blatt 2)

Erläuterungen zur Berechnung

Daten und wesentliche Annahmen

Planungsergebnisse

Die vorliegende Analyse beruht grundsätzlich auf öffentlich verfügbaren bzw. bei der Verwaltung vorliegenden Geschäftsberichten und Finanzkennzahlen für die Jahre 2001 bis 2008 sowie den neuesten (Mittelfrist-) Planungen bezüglich der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH („SBBG“) und der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG („Versorgungs-AG“).

Abweichend hiervon wurde in einem hypothetischen Szenario „**Nichtprivatisierung der Versorgungs-AG**“ eine fiktive Entwicklung ohne privaten Partner simuliert. Zu diesem Zweck wurde die historische Ergebnisentwicklung deutscher Energieversorgungsunternehmen für die Jahre 2002 bis 2008 betrachtet und eine mittlere jährliche Wachstumsrate abgeleitet. Dabei wurden insbesondere solche Unternehmen analysiert, die sich (Stand heute) zu einem überwiegenden Teil in kommunalem Besitz befinden. Die aus dieser Analyse abgeleitete **durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (CAGR)** beträgt **5,2%** und liegt damit rd. 50% unter der tatsächlichen Ergebnisentwicklung der Versorgungs-AG mit privater Mehrheitsbeteiligung. Mit dieser Wachstumsrate wurde das Ergebnis der Versorgungs-AG aus dem Jahr 2002 bis in das Jahr 2008 fortgeschrieben. Die Entwicklung der Versorgungs-AG in den Jahren 2008 bis 2012 im Falle einer Nichtprivatisierung berücksichtigt die drastischen (negativen) Ergebnisauswirkungen der zunehmenden Regulierung (Erlös- und Effizienzvorgaben im Bereich Übertragungs- und Verteilnetze) und der fortschreitenden Liberalisierung auf dem deutschen Energiemarkt (vermehrter Wettbewerb insbesondere im Bereich der Strom- und Gasversorgung) sowie die Folgen der stetig steigenden Rohstoffpreise. Der mit diesen Effekten verbundene Margendruck führt zu einem signifikanten Wachstumseinbruch, der für Zwecke der Planung mit 25% unterstellt wurde. Im Jahr 2013 wurde eine Ergebnisverschlechterung aufgrund des notwendigen Erwerbs von CO₂-Zertifikaten eingearbeitet.

Die vorgelegten Planungen der SBBG sowie der Verkehrs-AG umfassen die Jahre 2009 bis 2013. Für eine Einzelbetrachtung des Jahres 2014, in welchem planmäßig die Gewinnrücklage (Gewinnvorräte) der SBBG aus dem Verkaufserlös der Versorgungs-AG aufgebraucht sein wird, wurden die sich aus den Planungen bzw. der Simulation resultierenden Ergebnisse des Jahres 2013 ohne weitere Anpassungen bis in das Jahr 2014 fortgeschrieben. Im Rahmen der Analyse wurde somit neben der **historischen Entwicklung** der Jahre **2001 bis 2008**, ein **Planungszeitraum** über die Jahre **2009 bis 2014** detailliert betrachtet.

Zur Berücksichtigung der Jahre nach 2014 wird im Rahmen der Analyse von einem eingeschwungenen Zustand der betrachteten Unternehmen ausgegangen. Die sich in diesen Jahren ergebenden Zahlungsströme werden anhand eines **Terminal Value** (ewige Rente) abgebildet.

Verschuldung der Stadt Braunschweig

Der im Rahmen der Analyse betrachtete **Verschuldungsstand** der Stadt Braunschweig lag zum Zeitpunkt der Privatisierung (2001) bei **€470,0 Mio.** beziffert. Die Analyse beruht zudem auf der Annahme eines langfristigen Durchschnittszinssatzes in Höhe von jährlich 5%. Dieser Zinssatz wurde sowohl zur Ermittlung der Verschuldungszinsen als auch zur Diskontierung zukünftiger Zahlungsströme herangezogen.

Kaufpreiserlöse

Der im Rahmen der Privatisierung der Versorgungs-AG von der Stadt **steuerfrei vereinnahmte Käuferlös** betrug **€216,3 Mio.**; die sich zum Verkaufspreis von insgesamt €450,0 Mio. (€425,0 Mio. Versorgungs-AG an TXU im Jahr 2002, €26,16 Mio. Versorgungs-AG von TXU an Veolia im Jahr 2004) ergebende Differenz von €234,86 Mio. wird auf Ebene der SBBG zum **Ausgleich der Verluste** insbesondere der Braunschweiger Verkehrs-AG genutzt. Zudem wurde in der Analyse im Privatisierungsfall ein von der Stadt erlöster Betrag von €49,0 Mio. für den Verkauf von 49% der Anteile an der Nibelungen-Wohnbau-GmbH (NIWO) an die SBBG im Jahr 2003 berücksichtigt.

Steuern

Gewerbsteuer

Grundsätzlich wurde der vorliegenden Analyse das historische bzw. zukünftig erwartete Gewerbesteueraufkommen der vorgelegten Geschäftsberichte und Finanzkennzahlen der Jahre 2001

Vorteilhaftigkeit der Privatisierung

Aus den Gegenüberstellungen der Ergebnisentwicklungen „Privatisierung und Nichtprivatisierung“ lässt sich die Vorteilhaftigkeit der Privatisierung auch ohne diese komplizierte Berechnung schon durchaus einfach darlegen:

- Die kalkulatorischen Zinsen auf den Kaufpreiserlösen betragen jährlich rd. 23 Mio. € (Zinssatz 5 %)
- Die Gewerbesteuereinnahme der Stadt liegt bei rd. 15 Mio. € jährlich, im Szenario der Nichtprivatisierung bei 5 Mio. €
- In der SBBG entsteht durch die Übernahme des 25 prozentigen Gewinnanteils der BV-AG verrechnet mit den Verlusten der übrigen Gesellschaften in der SBBS ein jährlicher Verlust von rd. 10 Mio. €, der bislang noch aus den Gewinnrücklagen der SBBG finanziert wird. Im Gegensatz dazu entsteht im Szenario der Nichtprivatisierung ein Gewinn i. H. v. 15 Mio. €, der als Dividende an die Stadt ausgezahlt werden kann. Bei der Dividendenzahlung wird eine Körperschafts- und Kapitalertragsteuer i. H. v. ca. 50 % des Gewinns vor Steuern der SBBG fällig. Dies passiert auf das Ergebnis nach Verrechnung der BVAG-Gewinne (100 %) mit den Verlusten der übrigen Gesellschaften.
- Zusammengefasst ergäbe der vereinfachte Vergleich einen **Privatisierungsvorteil von 8 Mio. € p. a.**

Anlage II

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Wirtschaftsplan 2010

und

mittelfristige Unternehmensvorschau 2009 – 2013

1. Allgemeines

Die Kernaufgabe der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht im Halten, Verwalten und der Steuerung von Beteiligungsunternehmen. In ihrer zentralen Funktion agiert sie somit als Finanzholding. Dabei wird insbesondere die steuerliche Organschaft zwischen dem Verkehrs- und dem Versorgungsbereich sichergestellt, die im Konzern letztlich Ertragsteuern von rd. 4 Mio. Euro p. a. erspart.

In enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig werden dabei auch die Aufgabenbereiche des Liquiditätsmanagements und der Beteiligungssteuerung abgedeckt. Beide Bereiche werden auch in Zukunft einen hohen Stellenwert behalten.

Darüber hinaus erbringt die SBBG kaufmännische Dienstleistungen speziell im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, der Unternehmensplanung und des Controllings. Weitere Aufgaben liegen im Bereich des Immobilienmanagements.

Die Planansätze basieren auf dem Kenntnisstand Oktober 2009. In der Planung wurden insbesondere folgende wesentlichen Prämissen berücksichtigt:

- Der Anlagezins liegt im Planjahr 2010 bei 1,0 % und in den Folgejahren bei 1,5 %.
- Der Aufnahmezinssatz liegt im Planungszeitraum konstant bei 4,0 %.
- Die bei der SBBG vorhandene Liquidität wird nur in absolut sicheren Anlagen bis zu maximal einem Jahr Laufzeit angelegt.
- Darlehen, die im Planungszeitraum das Ende ihrer Zinsbindungsfrist erreichen, werden prolongiert.
- Im Rahmen der vorhandenen Liquidität werden Gesellschafterdarlehen an die Stadt Braunschweig oder andere Gesellschaften des Konzerns vergeben. Darüber hinaus erfolgen Geldanlagen über den Cashpool im Konzern Stadt Braunschweig.
- Bezüglich der Personalaufwendungen sind im Planungsjahr 2010 Tarifsteigerungen von 1,2 % p. a. angesetzt. In den Folgejahren sind keine Steigerungen eingeplant.
- Für den Energiebezug wurden durch langfristige Verträge moderate Kostenerhöhungen berücksichtigt. So werden im Jahr 2010 für den Strom- und Gasbezug keine Steigerungen eingeplant. Für Fernwärme und Wasser ist eine Steigerung von 5 % eingeplant. Für die Folgejahre sind Steigerungsraten von jeweils 4 % p. a. für alle Energiearten planerisch berücksichtigt.
- Für weitere Kostenpositionen sind keine Erhöhungen geplant.

1. Allgemeines

Die Kernaufgabe der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) besteht im Halten, Verwalten und der Steuerung von Beteiligungsunternehmen. In ihrer zentralen Funktion agiert sie somit als Finanzholding. Dabei wird insbesondere die steuerliche Organschaft zwischen dem Verkehrs- und dem Versorgungsbereich sichergestellt, die im Konzern letztlich Ertragsteuern von rd. 4 Mio. Euro p. a. erspart.

In enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Finanzen der Stadt Braunschweig werden dabei auch die Aufgabenbereiche des Liquiditätsmanagements und der Beteiligungssteuerung abgedeckt. Beide Bereiche werden auch in Zukunft einen hohen Stellenwert behalten.

Darüber hinaus erbringt die SBBG kaufmännische Dienstleistungen speziell im Bereich des Finanz- und Rechnungswesens, der Unternehmensplanung und des Controllings. Weitere Aufgaben liegen im Bereich des Immobilienmanagements.

Die Planansätze basieren auf dem Kenntnisstand Oktober 2009. In der Planung wurden insbesondere folgende wesentlichen Prämissen berücksichtigt:

- Der Anlagezins liegt im Planjahr 2010 bei 1,0 % und in den Folgejahren bei 1,5 %.
- Der Aufnahmezinssatz liegt im Planungszeitraum konstant bei 4,0 %.
- Die bei der SBBG vorhandene Liquidität wird nur in absolut sicheren Anlagen bis zu maximal einem Jahr Laufzeit angelegt.
- Darlehen, die im Planungszeitraum das Ende ihrer Zinsbindungsfrist erreichen, werden prolongiert.
- Im Rahmen der vorhandenen Liquidität werden Gesellschafterdarlehen an die Stadt Braunschweig oder andere Gesellschaften des Konzerns vergeben. Darüber hinaus erfolgen Geldanlagen über den Cashpool im Konzern Stadt Braunschweig.
- Bezüglich der Personalaufwendungen sind im Planungsjahr 2010 Tarifsteigerungen von 1,2 % p. a. angesetzt. In den Folgejahren sind keine Steigerungen eingeplant.
- Für den Energiebezug wurden durch langfristige Verträge moderate Kostenerhöhungen berücksichtigt. So werden im Jahr 2010 für den Strom- und Gasbezug keine Steigerungen eingeplant. Für Fernwärme und Wasser ist eine Steigerung von 5 % eingeplant. Für die Folgejahre sind Steigerungsraten von jeweils 4 % p. a. für alle Energiearten planerisch berücksichtigt.
- Für weitere Kostenpositionen sind keine Erhöhungen geplant.